

Bericht

des Budgetausschusses

über den Antrag 29/A der Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen, betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, das Opferfürsorgegesetz und das Impfschadengesetz geändert werden

Die Abgeordneten Ursula Haubner, Kolleginnen und Kollegen, haben den gegenständlichen Initiativantrag am 17. November 2006 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Mit Bundesgesetz BGBl. I Nr. 116/2006 wurde das Heeresversorgungsgesetz dahingehend geändert, dass für den Anspruch auf Beschädigtenrente eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von 20 v.H. - bisher war eine MdE von 25 v.H. erforderlich - genügt.

Diese begünstigende Maßnahme soll nunmehr auch in den übrigen Bereichen des sozialen Entschädigungsrechts, nämlich dem Kriegsoferversorgungsgesetz 1957, dem Opferfürsorgegesetz und dem Impfschadengesetz, nachvollzogen werden.

Durch die im § 11 des Opferfürsorgegesetzes und im § 2 Abs. 1 lit. c Z 1 des Impfschadengesetzes enthaltenen Verweisungen auf die zentralen Rentenregelungsbestimmungen des Kriegsoferversorgungsgesetzes 1957 und des Heeresversorgungsgesetzes sind in diesen beiden Gesetzesmaterien zur Übernahme der neuen Anspruchskriterien für die Rente nur entsprechende Übergangsbestimmungen nötig.

Von dieser Neuregelung werden etwa 3 100 Personen betroffen sein, sodass mit jährlichen Kosten von 2 Millionen €gerechnet werden kann.“

Der Budgetausschuss hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 11. Oktober 2007 in Verhandlung genommen.

Berichterstatter im Ausschuss war Abgeordneter Josef **Bucher**.

In der Debatte ergriff der Abgeordnete Ing. Hermann **Schultes** das Wort.

Mit Stimmenmehrheit beschloss der Budgetausschuss auf Antrag des Abgeordneten Ing. Hermann **Schultes**, der Präsidentin des Nationalrates die Zuweisung dieser Vorlage an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zu empfehlen.

Als Berichterstatter für das Plenum wurde Abgeordneter Josef **Bucher** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Budgetausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2007 10 11

Josef Bucher
Berichterstatter

Jakob Auer
Obmann